

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bezahlung von uns ausgestellt: bei Postung ins Haus durch unsere Postkammer in...

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für Vererbung und Verkauf...

Nr. 148.

Freitag den 27. Juni 1913.

39. Jahrg.

Die Welfenfrage.

Herr v. Schele, Schelenburg veröffentlicht in dem Hauptorgan der Deutsch-Hannoveraner, der 'Deutschen Volkszeitung', folgende Erklärung:

In dem am 19. d. M. zur Veröffentlichung gelangenden Schreiben des Prinzen Ernst August ist ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten. Es entsfällt somit für die Deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Beunruhigung.

Auch hier wird also darauf hingewiesen, daß in dem Schreiben des Prinzen Ernst August ein staatsrechtlicher Verzicht auf Hannover nicht enthalten ist. Die Welfen wollen aber vorläufig die Stellung des Prinzen nicht erschweren. Nach allen welfischen Aufzeichnungen der letzten Tage hat jedoch die Behauptung der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung'...

Das hannoverische Volk will: Auskunft über die Frage: Wie steht es mit dem alten Fürstenhause, das einst das Königshaus von Hannover war? Hat es dem alten Vaterlande die Treue gehalten? Ist das welfische Fürstenhaus seinem Volke untreu geworden?

Wie steht es nun mit der Erklärung des Prinzen? Es giebt gegenwärtig hinter den Kulissen (soviel vor, daß man mit aller Schärfe aufpassen muß), um nicht über den Abfäll barbiert zu werden. Was in dem veröffentlichten Briefe steht, ist von der ersten bis zur letzten Zeile alles selbstverständlich. Der Prinz sei preussischer Prinz geworden und habe als solcher den Feindscheid geleistet, werde demnach regierender Bundesfürst in Braunschweig und als solcher die erste recht nichts tun, was gegen den Bestand eines anderen Bundesstaates gerichtet sei.

Zunächst sei durch die Erklärung des Prinzen in weiten Kreisen des hannoverschen Volkes eine große Misstimmung hervorgerufen worden. Auch die Führer seien sich klar gewesen, daß eine solche Mittheilung ausbleibt werden würde, wenn nicht bekannt gegeben würde, was vorher geschehen sei. Man habe dem auch in Gmunden

mit allem Nachdruck Ausdruck gegeben. Bei aller durch die Sachlage gebotenen Zurückhaltung müsse man an die Ehrenhaftigkeit der verantwortlichen Stellen in Preußen appellieren, ob diese verantwortlichen Stellen auch weiter zusehen wollen, wie die deutschen Zeitungen die von Berlin und Gmunden vereinbarte Erklärung im Sinne eines Verzichts auslegen und kommentieren und ob sie schweigend dulden wollen, daß die Erben deutscher Fürsten in der Öffentlichkeit herabgewürdigt werde!

Wir haben, so schreibt die 'Zf. Z.', von vornherein auf die Lücke in dem Schreiben des Prinzen aufmerksam gemacht, daß nämlich der Herzog von Cumberland nicht das Versprechen abgegeben hat, nichts zu tun und zu unterstützen, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Bestand Preußens zu verändern.

Der Hanfabbund und die Steuer-vorlagen.

Der Hanfabbund schreibt uns: Die letzten Beschlüsse der Budgetkommission haben dem Hanfabbund Veranlassung gegeben, sich noch einmal an die ihm nachstehenden Abgeordneten zu wenden und darauf hinzuweisen, daß in weiten industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Kreisen die Beschlüsse der Budgetkommission in bezug auf die Vermögenszuwachssteuer die schwerwiegendsten Bedenken erregt und verschiedene Proteste veranlaßt haben. Eine besondere Erbitterung sei aber darüber entstanden, daß inzwischen auch viele Anträge, die vom Hanfabbund angeregt und zum Teil auch in Anträgen der Parteien zum Ausdruck gekommen seien, um dringend notwendige Verbesserungen der Wehrbeitragsvorlage zu ermöglichen, auf Grund einer starken antikapitalistischen Strömung, die in deutlich erkennbarer Weise durch die letzten Verhandlungen der Budgetkommission hindurchging, abgelehnt worden seien.

Aus diesen Gründen hat der Hanfabbund in letzter Stunde nochmals gebeten, mindestens denjenigen Forderungen zur Erfüllung zu verwilligen, welche er in seiner Erklärung vom 12. Juni zum Ausdruck gebracht hatte. Sollte wider Erwarten die augenblickliche parlamentarische Lage die Durchsetzung dieser Forderungen nicht ermög-

lichen, so würde es bei weitem vorzuziehen sein, unter Annahme der Wehrvorlage und des nach den übermittelten Wünschen zu modifizierenden einmaligen Wehrbeitrages, die Entscheidung über die dauernden Deckungsvorlagen der Herbstsession vorzubehalten, um den überaus bedeutlichen Einbruch zu vermeiden, der in einer der Lebensinteressen von Handel, Gewerbe und Industrie führenden Kriegsgebungsphase infolge der Eile der Berücksichtigung die berechtigten Wünsche dieser wichtigen Erwerbsstände nicht berühren Schutzes finden, den sie verdienen und den sie verlangen müssen.

Ueber die Vermögenszuwachssteuer

Schreibt Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen in der neuen Nummer der 'Gilde' folgendes:

Eine Vermögenszuwachssteuer ist unerredbar; sie ist ohne Einkommensteuer auch schwer durchführbar. Die Reichsfiskussteuer ist bei der Festlegung des Zentrums auf schwachen Füßen. Macht die Sozialdemokratie tragend welche Schmerzlichkeit oder rächt auch nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen ab, dann ist es um sie geschehen. Aber angenommen: das ist nicht zu befehlen, so liefert die Wite noch keine sichere Mehrheit für die übrigen Finanz- und Dispositionen, zu denen man das Zentrum bei dem völligen Verlangen der Rechte notwendig braucht: Beseitigung des zweiten Drittels der Umsatzsteuer, des Zuwachssteuergeleges vom 14. Dezember 1911, event. Aufhebung des Schenksteuergesetzes, andererseits Beibehaltung der Grundsteuer, deren Befreiung neue Wite blähe, Herabsetzung der Versicherungssteuer, vor allem für Mobilien und Lebensversicherung, Änderung des Wehrbeitrages usw. ... Dabei läßt sich nicht leugnen, daß die mit persönlich auch heute noch ganz unhympathische Vermögenszuwachssteuer nach den Beschlüssen der Kommission manngfaltige Verbesserungen technischer und sozialer Art erhalten kann und wird nicht bloß für die Unmirkwirtschaft, sondern für den gesamten Kleinbürgerstand, den 'Mittelstand'...

Sozialdemokratische Ehrlichkeit.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in das Wehrgezet einen Artikel aufzunehmen, der dazu dienen sollte, die Verhängung des Militärbudgets lediglich aus politischen Gründen unmöglich zu machen, ist am vorigen Freitag im Reichstage abgelehnt worden. Dagegen hat eine Resolution der Budgetkommission Annahme gefunden, in der der Reichsanwalt erludt wird,

darüber zu sorgen, daß leitens der Militärverwaltung Soldaten der Weid einer Rekrutierung nicht verbotten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Überzeugung hat oder Angehörigen einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, in der politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden.

Der 'Vorwärts' nennt das Verhalten der Fortschrittler die gegen den sozialdemokratischen Antrag und für die Resolution gestimmt haben, 'fanabab's' und schreibt weiter:

Die 'wichtigen' Neben, mit denen die Abgeordneten Müller-Meinungen und Gothen so oft den Militärbudget besänftigt haben, sind einfach fülllos, wenn die Fortschrittler nicht den Mut haben, die einzsig mögliche Konsequenz aus ihren Worten zu ziehen. Diegen Müßigen sei aber nicht, wie die Zustimmung am Freitag klar hervorgetaen hat.

Hiermit steht der 'Vorwärts' die Angriffe fort, die am vorigen Donnerstag im Reichstage bereits Genosse Dr. Frank erhoben hatte. Dabei hätte es wirklich ererbte im Interesse der Sozialdemokratie gelegen, wenn sie, wie die 'Zf. Z.' schreibt, so räch wie möglich ihre handschöne Verhalten bei dieser Frage in Vergessenheit abwärts hätte. Da ihr jedoch offenbar daran nichts liegt, so wollen wir noch einmal wiederholen, was Abg. Dr. Müller-Meinungen dem Abg. Dr. Frank bereits am vorigen Donnerstag vor-

Inventur-Ausverkauf

(beginnt Dienstag den 1. Juli.

Wir bringen auch diesmal wieder grosse **Ueberraschungen.**

Geschäftshaus

J. Lewin.

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

1 a. Schweizerkäse, feinsten Tilsiter-, prima Limburger- u. Thüringer Käse empfiehlt **Oswald Tränkner** Bahnhofstr. 10.

Neue saure Gurken, neue Kartoffeln, neue Matjes-Heringe, neue Voil-Heringe im ganzen und einzelnen zu billigen Tagespreisen empfiehlt **Carl Rauch, Markt.**

Blutfrische Reh-Rücken, -Keulen, -Blätter u. Kochfleisch, junge Mastgänse, junge Hähnchen, junge Tauben, lebende Aale und Schleien empfiehlt **Emil Wolff.**

Erdbeeren täglich frisch geliefert **Gärtnerei Wortweg 1.**

frische Himbeeren. **H. Krause** Obst- und Gemüse-Geschäft, Kleine Ritterstr. 17.

Neue blaue Kartoffeln, beste Ware, verkauft von Freitag nachmittag fortwährend zu Tagespreisen **Frehgang, Gr Ritterstr.**

Für Gastwirte und Flaschenbierhändler hält Bieranmeldungs- und Nachweissungsformulare, sowie Lagerbücher stets vorrätig **Buchdruckerei H. Wöhner, Merseburg, Dlgarbe.**

Fahrrad-Zubehör Hütel, Fussklänge, Glocken, Laternen, Pedale, Nattelbrücken, Lichtmaschinen in großer Auswahl zu billigsten Preisen **erm. Haar sen., Markt 3.**

Dietrich, Ohl und Sander. Merseburg. Friedrichstr. 16|18.

Geschäft für **Dekorations- und Firmen-Malerelen** **Glasschilder** in jeder Ausführung Anstriche aller Art. Gute Bedienung. Mässigste Preise.

Bis zum Kinderfeste billige Preise für

Schmucknadeln, Sportgürtel, Armbänder, Hosenränder, Broschen, Schärpen, Ketten, Spazierstöcke, Hüfnadeln, Portemonnaies, Haarschmuck, Lederwaren,

Damen-Handtaschen.

Hans Käther, Markt 20 Mitglied vom Rabatt-Spar-Verein.

Salamander. **Zum Kinderfeste** empfehle **alle Sorten Schuh- und Stiefelwaren.** Grösste Auswahl. Billigste Preise. Nur gute Ware. **R. Schmidt, Markt 12**



Gämtliche Farben zum Anstrich von Fußböden, Fenstern, Landw. Geräten, Wagen, Maschinen u. sämtliche Fußböden, Möbel-, Eisen- und Leder-Lacke, gar. rein. Leinwandmalerei, Schablonen, Pinsel und Dedenbürsten empfiehlt in bestmöglicher Qualität zu billigen Preisen.

Rich. Drimann Nachfolger, Schmale Str. 15. Fernspr. 253.

Stempelkissen m. Jalousiedeckel



Emalleschilder in allen Größen.

Von Sonntag, 29. Juni, steht ein Transport schwerer, junger

Kühe mit Kälbern, sowie große, hochtragende Kühe und Kalben im Deutschen Haus (Bahnhof Corbetta) zum Verkauf bei **Reinhold Geiler.**

Jeder Schüler sammelt heute

Reklame-Marken. Grösste Auswahl darinnen hält **Kurt Karus, Papierhandlung, Brühl 4.**

Zum Kinderfeste

Knopfstränge u. Spangen in jeder Ausführung, von 20 Pf. an, sowie alle andere Kinderartik. wird geschmackvoll angefertigt durch **W. Artus, Handelsgärtner, Glogitzer Str. 56**

Zum Kinderfeste empfehle einen Posten zurückgeleitete Schuhwaren, ferner große Auswahl aller Sorten Schuhe und Stiefel zu bill. Preisen. **Otto Riedel, Burgstr. 11.**

Scheuere mit

Henkel's Bleich-Soda.

Matulatur

für Tapezierer billiger Jeder Posten wird abgegeben **Merseburger Correspondent**

„Zbr. „Saluderna“ hat mich von einem schweren

Goutauschlag rasch und völlig befreit. 1000 Dant. C. Bblylin, Aufseher.“ Herzgl. warm empf. Dose 50 Pf. u. 1 M. (stärkste Form) bei **H. Kupfer u. B. Kestlich, Drogerien.**

Rechnungs-Formulare

für Handwerker u. Gewerbetreibende liefert mit Firma schon von 100 Stück an Buchdruckerei **Kurt Karus, Brühl 4.**

Knaben-Satin a Meter 80 Pf. **B. Wendland, Domstr. 1, 1. Ebg.**

Mousseline- und Waschstoff-Reste

zu sehr billigen Preisen bei

Theodor Freytag Rossmarkt.

Billigste Bezugsquelle in **Emaille-Wirtschafts-Artikeln** sowie Aluminium bei **Alfred Becher, Emaille-Spezialgeschäft, Ede Schmale Str., An der Geisel.**

Schluss der Anzeigen-Annahme für den „Correspondent“ **9 Uhr vormittags.**

Im Interesse der Auftragsgeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlusszeit. **Größere Anzeigen** wolle man am Tage vorher aufgeben. Gleichzeitig teilen wir mit, daß die Expedition von abds. 1/3 Uhr ab geschlossen ist. Expedition des Merseb. Correspondent.

Hierzu 1 Beilage.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Bestellung ins Haus durch unsere Ausreiter in
der Stadt und auf dem Lande außerdem Portofrei; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Nachschub. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit bewilligter Zustimmung gestattet.
— Für Rückgabe unangelegter Einblendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeilenzeile oder deren Raum für Werbung und andere
Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., ausserhalb pro Zeile
20 Pf., im Restmonat 40 Pf., bei Familienkreisen 50 Pf. entsprechende Anzeigen.
Gehälter für Verbreitungen nach Belieben. Für Buchverlegungen und Offiziersanzeigen
besondere Berechnung, nach auswärts mit Portofreiung. Bestellungen für Werbung
nachschubweise für größere Geschäfts-Kunden nur am Tage vorher, kleinere
Kunden bis spätestens 9 Uhr, Samstagsmorgen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 148.

Freitag den 27. Juni 1913.

39. Jahrg.

Die Welfenfrage.

Herr v. Schele-Schelenburg veröffentlicht in dem Hauptorgan der Deutsch-Hannoveraner, der „Deutschen Volkszeitung“, folgende Erklärung:

In dem am 19. d. M. zur Veröffentlichung gelangten Schreiben des Prinzen Ernst August ist ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten. Es entfällt somit für die Deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Beurlaubung. Sie ist sich jedoch der Verflüchtigung voll bewusst, welche eine etwaige Thronbesteigung des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie wird durchaus den Erwartungen entsprechen, welche der Herzog von Cumberland in seinem Briefe an das herzoglich-braunschweigische Staatsministerium vom 15. Dezember 1906 zum Ausdruck gebracht hat, in dem er die feste Zuversicht ausspricht, daß die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung seines Sohnes als Herzog von Braunschweig zu erschweren.

Auch hier wird also darauf hingewiesen, daß in dem Schreiben des Prinzen Ernst August ein staatsrechtlicher Verzicht auf Hannover nicht enthalten ist. Die Welfen wollen aber vorläufig die Stellung des Prinzen nicht erschweren. Nach allen welfischen Äußerungen der letzten Tage hat jedoch die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — es gibt keine hannoversche Krone mehr, keine Geltung. Diese Behauptung ist nicht demüthigend, wenn ein formeller Verzicht des Herzogs sowohl wie seines Sohnes auf Hannover vorliegt. Darin werden wir bestärkt durch eine Rede des welfischen Reichstagsabgeordneten Alpers, die er auf einem Heimatsfest in Hebenborn gehalten hat. Er führte aus:

„Das hannoversche Volk will: Auskunft über die Frage: „Wie steht es mit dem alten Fürstenpaare, das einst das Königshaus von Hannover war? Hat es dem alten Vaterlande die Treue gehalten? Ist das welfische Fürstenhaus seinem Volke untreu geworden?“ Er kommt direkt aus dem Gmundener Schlosse und läßt uns erklären: „Das Königshaus der Welfen steht zu seinem hannoverschen Volke so treu und fest wie es jemals stand!“ Aber auch das treue hannoversche Volk, das sich zusammengefunden habe aus allen Ständen, allen Konfessionen, und das dahin strebe, daß sein Vaterland Hannover

mit allem Nachdruck Ausdruck gegeben. Bei aller durch die Sachlage gebotenen Zurückhaltung müsse man an die Ehrenhaftigkeit der verantwortlichen Stellen in Preußen appellieren, ob diese verantwortlichen Stellen auch weiter zusehen wollen, wie die deutschen Zeitungen die von Berlin und Gmunden vereinbarte Erklärung im Sinne eines Verzichtes auslegen und kommentieren und ob sie schweigend dulden wollen, daß die Erben deutscher Fürsten in der Öffentlichkeit herabgewürdigt werde! Der Herzog hat in Gmunden den Führern gesagt: „Meine Herren, ich appelliere an Ihre Treue!“ Und weiter habe der Herzog ihn (den Redner) ausdrücklich ermächtigt, es auszusprechen, daß es auch seine Auffassung sei, daß wir kämpfen nicht allein für des Fürsten Recht, sondern auch für des Volks Recht und das Recht des Vaterlandes! Die Deutsch-hannoversche Partei habe viele Süßigkeiten ausgehalten, sie werde auch den letzten ertragen in dem Bewußtsein, daß der Herzog mit ihr ist.“

Wir haben, so schreibt die „Fr. Ztg.“, von vornherein auf die Lücke in dem Schreiben des Prinzen aufmerksam gemacht, daß nämlich der Herzog von Cumberland nicht das Versprechen abgegeben hat, „nichts zu tun und zu unterstützen, was darauf abzielt, in dem derzeitigen Bestand Preußens zu verändern“. Der Herzog von Cumberland hat am 18. und 19. Juni das Direktorium der Welfenpartei zu sich nach Gmunden berufen. Was er dort den Führern gesagt hat, kommt in der Rede des Abgeordneten Alpers zum Ausdruck, die in der „Allgemeinen Zeitung“ gegenüber dieser Haltung des Herzogs von Cumberland doch noch einmal das Wort wird ergreifen müssen.

Der Hanjand und die Steuer-vorlagen.

Der Hanjand schreibt uns: Die letzten Beschlüsse der Budgetkommission haben dem Hanjand Veranlassung gegeben, sich noch einmal an die ihm nächstliehsten Abgeordneten zu wenden und darauf hinzuweisen, daß in vielen industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Kreisen die Beschlüsse der Budgetkommission in bezug auf die Vermögenszuwachssteuer die schwerwiegendsten Bedenken erregt und entsprechende Proteste veranlaßt haben. Eine besondere Erbitterung sei aber darüber entstanden, daß in bezug auf auch viele Anträge, die vom Hanjand angeregt und zum Teil auch in Anträgen der Parteien zum Ausdruck gekommen seien, um bringend notwendige Verbesserungen der Wehrbeitragsvorlage zu ermöglichen, auf Grund einer starken antikapitalistischen Stimmung, die in deutlich erkennbarer Weise durch die letzten Verhandlungen der Budgetkommission hindurchging, abgelehnt worden seien. Diese antikapitalistische Haltung haben, wie dies unter anderem durch die Anträge wegen der Aktiengesellschaft zu beweisen wird, sowohl die konservative Partei wie ein Teil des Zentrums und selbstverständlich die Sozialdemokratie eingenommen, so daß schließlich die Regierung habe warnen müssen, die Herren nicht zu schlachten, welche die goldenen Eier legen. Hierzu tritt die Unklarheit vieler plötzlich gestellter und eilig angenommener Anträge und die entgegenstehende erfolgreiche Aufrechterhaltung der dringend und schmerzhaft reformbedürftigen Vermögenszuwachssteuer für Grundstücke (ist jetzt abgelehnt worden). Unter diesen Umständen müsse man sagen, daß wohl infolge der zufälligen Eile, mit der in der letzten Zeit gearbeitet wurde, viele gewerbliche und antikapitalistische Bestimmungen neu aufgenommen und andere stiergegeben sind, so daß man sich vielfach des Eindrucks nicht erwehren könne, daß man sich nicht in allen Fällen der schwerwiegenden Tragweite der Anträge und Beschlüsse voll bewusst gewesen sei.

Aus diesen Gründen hat der Hanjand in letzter Stunde nochmals gebeten, mindestens denjenigen Forderungen zur Erfüllung zu verhelfen, welche er in seiner Erklärung vom 12. Juni zum Ausdruck gebracht hatte. Sollte wider Erwarten die augenblickliche parlamentarische Lage die Durchführung dieser Forderungen nicht ermög-

lichen, so würde es bei weitem vorzuziehen sein, unter Annahme der Wehrvorlage und des nach den übermittelten Wünschen zu modifizierenden einmaligen Wehrbeitrags, die Entscheidung über die dauernden Deckungsvorlagen der Herbstsession vorzubehalten, um den überaus bedeutenden Eindruck zu vermeiden, daß in einer der Lebensinteressen von Handel, Gewerbe und Industrie beruhenden Entscheidung schon infolge der Eile der Verabschiedung die berechtigten Wünsche dieser wichtigen Gewerksstände nicht den ihnen gebührenden Schutz finden, den sie verdienen und den sie verlangen müssen.“

Ueber die Vermögenszuwachssteuer

schreibt Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen in der neuen Nummer der „Hilfe“ folgendes:

„Eine Reichsvermögenssteuer ist unerreicht; sie ist ohne Einkommensteuer und ohne Grundbesitzsteuer nicht durchführbar. Die Reichsbeitragssteuer steht bei der Festlegung des Zentrums auf Schwachen Füßen. Macht die Sozialdemokratie irgend welche Schwierigkeiten oder rückt auch nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen ab, dann ist's um sie geschehen. Aber angenommen: das ist nicht zu befürchten, so leidet die Linke noch keine sichere Mehrheit für die übrigen Finanz- und Deckungspläne, zu denen man das Zentrum bei dem 18. Tagen Verlangen der Rechte notwendig braucht: Befreiung des zweiten Drittels der Umlagssteuer, des Zuwachstuererlasses vom 14. Dezember 1911, event. Aufhebung des Schenkungssteuerverbotes, Aufhebung der Grundsteuer, event. Aufhebung neuer Abgaben, Herabsetzung der Versicherungssteuern, vor allem für Wolltän und Lebensversicherung, Änderung des Wehrbeitrags usw. . . . Dabei läßt sich nicht leugnen, daß die mit persönlich auch heute noch ganz ungenügende Vermögenszuwachssteuer nach den Beschlüssen der Kommission mannigfache Verbesserungen technischer und sozialer Art erhalten kann und wird nicht bloß für die Landwirtschaft, sondern für den gesamten Kleinbürgerstand, den „Mittelstand“ . . . Die Umwandlung in eine unmittelbare Reichssteuer ist unzweifelhaft ein Fortschritt gegenüber dem bloßen „Fopanzgesetz“. Die Unsicherheit des Ertrages dieses „Konjunktur-Steuererlasses“ wird freilich immer seine finanzpolitisch schlechte Seite sein, die durchgreifende des Grundbesitzvermögens die logisch schlechte, die Besteuerung des Erfolges des Sparstills die eifrig mangelhafte. Aber schließlich muß auch das ertragen werden, wenn ein anderer Weg der Besteuerung durch die Loyalität und Vertikalität der Konventionen absolut verarmt ist.“

Sozialdemokratische Ehrlichkeit.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in das Wehrgesetz einen Artikel aufzunehmen, der dazu dienen sollte, die Verhängung des Militärbudgets lediglich aus politischen Gründen unmöglich zu machen, ist am vorigen Freitag im Reichstage abgelehnt worden. Dagegen hat eine Resolution der Budgetkommission Annahme gefunden, in der der Reichstager erucht wird,

„dahin zu sorgen, daß seitens der Militärverwaltung Soldaten der Ansicht einer Kleinigkeit nicht beschämen werden darf, weil der Anhaber eine bestimmte politische Überzeugung hat oder Angehöriger einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, in der politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden.“

Der „Vorwärts“ nennt das Verhalten der Fortschrittlichen die gegen den sozialdemokratischen Antrag und für die Resolution getinnmt haben, „Fandaub“ und schreibt weiter:

Die „wichtigen“ Neben, mit denen die Abgeordneten Müller-Meinungen und Gothein so oft den Militärbudgetkritikern bekannt haben, sind einfach dummes, wenn die Fortschrittlichen nicht den Mut haben, die einseitige politische Standpunkte aus ihren Worten zu ziehen. Diesen Mut hebben sie aber nicht, wie die Abstimmlung am Freitag klar beweisen hat.

Hiermit legt der „Vorwärts“ die Angriffe fort, die am vorigen Donnerstag im Reichstage bereits Genosse Dr. Frank erhoben hatte. Dabei hätte es wirklich eracade im Interesse der Sozialdemokratie gelegen, wenn sie, wie die Fortschrittlichen, so rauh wie möglich ihre handwähligen Verhalten bei dieser Frage in Frage gestellt hätte. Da ihr jedoch offenbar daran nichts liegt, so wollen wir noch einmal wiederholen, was Abg. Dr. Müller-Meinungen dem Abg. Dr. Frank bereits am vorigen Donnerstag vor-

